

AMT DER NIEDERÖSTERREICHISCHEN LANDESREGIERUNG
Gruppe Landesamtsdirektion
Abteilung Landesamtsdirektion/Verfassungsdienst
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1



Amt der Niederösterreichischen Landesregierung, 3109

An das
 Bundesministerium für Gesundheit
 Radetzkystraße 2
 1031 Wien

Beilagen

LAD1-VD-195592/032-2013
 Kennzeichen (bei Antwort bitte angeben)

E-Mail: post.lad1@noel.gv.at
 Fax 02742/9005-13610 Internet: <http://www.noel.gv.at>
 Bürgerservice-Telefon 02742/9005-9005 DVR: 0059986

(0 27 42) 9005

Bezug	BearbeiterIn	Durchwahl	Datum
BMG-90000/0008-II/A/2013	Dr. Markus Grubner	12377	12. Februar 2013

Betrifft

Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz – Bundesministerium für Gesundheit

Die NÖ Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 12. Februar 2013 beschlossen, zum Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, das Hebammengesetz, das Medizinische Assistenzberufe-Gesetz, das Medizinischer Masseur- und Heilmasseurgesetz, das MTD-Gesetz, das Sanitätergesetz, das Zahnärztegesetz, das Zahnärztekammergesetz, das Ärztegesetz 1998, das Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz, das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz, das Apothekengesetz, das Gehaltsskassengesetz 2002, das Apothekerkammergesetz 2001, das Tierseuchengesetz, das Tiergesundheitsgesetz, das Tierschutzgesetz, das Tierärztegesetz, das Tierärztekammergesetz, das Bangseuchen-Gesetz, das Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz, das Gentechnikgesetz, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz und das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz geändert werden (Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz – Bundesministerium für Gesundheit), wie folgt Stellung zu nehmen:

Zur Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtes des Bundes:

Im Entwurf ist in vielen Bestimmungen vorgesehen, dass Beschwerde an das Verwaltungsgericht des Bundes erhoben werden kann. Es wird dabei von der in der Verwaltungsgerichtsbarkeits-Novelle 2012, BGBl. I Nr. 51/2012, vom Verfassungsgesetzgeber vorgenommenen Systementscheidung, wonach eine Zuständigkeit des Verwaltungsgerichtes des Bundes grundsätzlich daran anknüpft, dass eine Angelegenheit in unmittelbarer Bundesverwaltung besorgt wird, abgewichen. Die in den Erläuterungen enthaltene Begründung, dass mit geringen Fallzahlen zu rechnen ist und dass eine Vergleichbarkeit mit jenen sozialversicherungsrechtlichen Angelegenheiten gegeben ist, für die im Verwaltungsgerichtsbarkeits-Anpassungsgesetz – Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz eine Übertragung an das Verwaltungsgericht des Bundes vorgesehen ist, vermag nicht zu überzeugen.

In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, dass die im Anschreiben angeführte Aufzählung jener Bestimmungen, die einer Zustimmung gem. Art. 131 Abs. 4 B-VG bedürfen, augenscheinlich nicht vollständig ist.

Zu Art. 22 Z. 1 (§ 28 des Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetzes):

In Abs. 2 müsste zusätzlich der vorletzte Satz entfallen.

Zu Art. 22 Z. 3 (§§ 40 und 94 des Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetzes):

In den §§ 40 und 94 sollte jeweils das Wort „Beschwerde“ durch das Wort „Revision“ ersetzt werden. Zusätzlich sollte die jeweilige Überschrift „Amtsbeschwerde“ überdacht werden.

- 3 -

Eine Ausfertigung dieser Stellungnahme wird unter einem dem Präsidium des Nationalrates elektronisch übermittelt.

Ergeht an:

1. An das Präsidium des Nationalrates

2. An das Präsidium des Bundesrates
3. An alle vom Lande Niederösterreich entsendeten Mitglieder des Bundesrates
4. An alle Ämter der Landesregierungen (zu Händen des Herrn Landesamtsdirektors)
5. An die Verbindungsstelle der Bundesländer, Schenkenstraße 4, 1014 Wien
6. Bundeskanzleramt-Verfassungsdienst, Ballhausplatz 2, 1014 Wien
7. Landtagsdirektion

NÖ Landesregierung

Dr. P R Ö L L

Landeshauptmann



Dieses Schriftstück wurde amtssigniert.
Hinweise finden Sie unter:
www.noel.gv.at/amtssignatur